

Berliner Büro
Stabsstelle Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

Reinhardtstraße 13
10117 Berlin

Ihre Ansprechpartnerin
Claudia Beck
Telefon-Durchwahl 030 28 44 47-43
Telefax 030 28 44 47-55
Claudia.Beck@caritas.de
www.caritas.de

Vortrag

Demographischer Wandel: Bewährungsprobe einer Sozialpolitik der Befähigung

Es gilt das gesprochene Wort!

Wir werden weniger, älter, bunter. So wird der demografische Wandel knapp und prägnant beschrieben. Über die Herausforderungen, die damit verbunden sind, wird auf diesem Kongress in vielen thematischen Zusammenhängen gerungen.

Im letzten Jahr sind rund eine Million Menschen zu uns gekommen, um hier Schutz zu suchen oder, was ebenfalls sehr verständlich ist, der Perspektivlosigkeit ihrer Heimatländer zu entkommen.

Was heißt das für den demographischen Wandel? Die Ereignisse von 2015 werfen die bisherigen Prognosen nicht über den Haufen. Dies träte nur dann ein, wenn wir über viele Jahre Zuwanderer in dieser hohen Zahl aufnehmen. Aber wir werden ein wenig weniger wenig und ein bisschen weniger älter. Und wir werden noch mal ein deutliches bisschen bunter.

Mit der Aufnahme sind massive Ängste, aber auch Hoffnungen verbunden. „Alle werden ärmer werden!“ So titelte Focus Money vom 21. Oktober 2015 zur „Flüchtlingskrise“. Hans-Werner Sinn, der dieser Aussage auf dem Titel bildlich Autorität verleihen soll, verweist auf hohe Ausgaben, die mit der Aufnahme von Flüchtlingen verbunden sind, versteigt sich aber nicht zu der Vorhersage, wir würden deswegen alle verarmen. Andere einflussreiche Ökonomen sind dagegen verhalten zuversichtlich: Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, kritisiert, es werde nur auf die zweifellos hohen Kosten geschaut, die kurzfristig anfallen, dies verstelle aber den Blick auf die Chancen, die die Zuwanderung vieler oftmals junger Menschen biete. Die Integration von Flüchtlingen sei eine „langfristig lohnende Investition“.

Wir müssen die Flüchtlinge nicht auf die ökonomische Dimension einer „Investition“ verengen. Die Menschen kommen nicht, um den Fachkräftemangel zu mildern. Sie kommen in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Und auch die vielen Ehrenamtlichen, die das freundliche Bild Deutschlands mitgetragen haben und mittragen, sind nicht durch wirtschaftspolitische Überlegungen motiviert. Soweit es um die Aufnahme von Verfolgten geht, denen europäische Regelungen, unsere Verfassung und die Genfer Flüchtlingskonvention ein Recht auf Schutz zugestehen, sind Kosten-Nutzen-Kalküle nicht maßgeblich. Dieser Schutz muss auch dem Verfolgten zustehen, der aufgrund von Alter oder Gebrechlichkeit nicht wirtschaftlich aktiv sein kann oder der mehr Unterstützung aus unseren Sicherungssystemen benötigt als er über seine Beiträge zu leisten in der Lage sein wird.

Aber natürlich ist die Frage legitim, welche Folgen die Aufnahme der vielen Flüchtlinge in Deutschland haben wird und welche einträten, wenn wir auch in den Folgejahren stark gefordert wären. Die Antwort wird aber davon abhängen, wie wir jetzt und in naher Zukunft politisch handeln.

In der Diskussion zum demografischen Wandel schauen wir auf das Verhältnis von Jüngeren, den Menschen im erwerbsfähigen Alter, und den Älteren, die nicht mehr beruflich aktiv sein können. So wichtig diese Kennzahl ist, sie trifft unsere Herausforderungen nur sehr ungenügend. Denn das Zahlenverhältnis allein sagt ja noch nichts darüber aus, wie sehr diejenigen, die im erwerbsfähigen Alter sind, ihre Potentiale entfalten und einbringen können. Das gilt natürlich auch für die Flüchtlinge. Eine Chance für uns sind sie dann, wenn Integration gelingt. Aber Integration kann auch bei denen scheitern, die nie zugewandert sind, die, die schon da waren.

Und hier sind wir bei dem entscheidenden Punkt der Bewältigung des demographischen Wandels. Viele Herausforderungen sind gar nicht neu, sondern nehmen allenfalls an Dringlichkeit zu. Gelingt uns eine Sozialpolitik der Befähigung, die allen Bürgern ermöglicht, ihre Potentiale zu entfalten und einzubringen?

Und hieran hapert es. Es gibt in Deutschland einen starken Sozialstaat, ein ausgebautes Bildungssystem, vielfältige Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, differenzierte Beratungsdienste, ein gutes medizinisches System, eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Und zuletzt ein unterstes soziales Netz für alle, die sich überhaupt nicht mehr selbst helfen können: die Grundsicherung für Arbeitsuchende und die Sozialhilfe. Es gibt somit ein ausgebautes Netz, das Menschen dabei beisteht, wenn sie Unterstützung brauchen. Dieser Sozialstaat kann sich weiterhin auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens stützen.

Aber diese umfangreiche Struktur staatlicher und freigemeinnütziger Akteure ist nur ungenügend auf die Prävention sozialer Notlagen und die Befähigung der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet. Denn: Der Sozialstaat steht sich oft selbst im Weg. Aufgesplitterte Zuständigkeiten verhindern die Hilfe aus einer Hand. Unterschiedliche Fachlogiken erschweren die Kooperation. Konflikte über die Finanzierungsverantwortung verhindern neue Ansätze, auch wenn alle von ihrer Wirksamkeit überzeugt sind und wenn ihre direkten Mehrkosten gering sind und sie mittelfristig sogar zu Einsparungen führten.

Ein Bildungssystem, das den engen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg nicht überwindet, ist nicht zukunftstauglich. Wieviel Potential hier verschenkt wird, zeigt die jährlich aktualisierte Caritas-Bildungsstudie, bei der wir Jahr für Jahr im Sommer die Zahl der jungen Menschen ohne Hauptschulabschluss beobachten.

Die insgesamt erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik hat es bisher nicht vermocht, diejenigen zu erreichen, die den verfestigten Kern der Langzeitarbeitslosigkeit bilden. So wichtig die Qualifizierung und Vermittlung für den regulären Arbeitsmarkt ist, dies darf nicht die einzige Zielorientierung sein. Die Sicherung der Teilhabe muss als eigenständiges Ziel der Arbeitsmarktpolitik gesetzlich verankert werden.

Dringend zu verhindern ist, dass erneut große Gruppen in den verhärteten Kern der Langzeitarbeitslosigkeit hineinwachsen. Eine Bildungspolitik, die die Potentiale aller Kinder und Jugendlichen erschließt, eine bessere Kooperation zwischen Schule und Ausbildungssystem, eine stärker präventive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe können dem vorbeugen. Nur dann werden wir erreichen, dass bei einer guten Beschäftigungssituation alle gewinnen können.

Die stärker befähigende Ausrichtung unserer Bildungs- und Sozialpolitik muss Leitorientierung für weitere Reformen in unserer Sozialpolitik sein. Das wäre so, auch wenn 2015 und 2016 kein einziger Flüchtling zu uns gekommen wäre. Aber die Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen erhöht noch einmal die Dringlichkeit, mit der hier zu handeln ist.

Im komplexen System des föderal gegliederten deutschen Sozialstaats kann es hier nicht den einen großen Befreiungsschlag geben. Hier sind viele gut bedachte Schritte im reformerischen Alltags gefordert, die aber das große Ziel nicht aus den Augen verlieren darf: Integrierte Unterstützung zu leisten, die den hilfeschuchenden Bürger in der Ganzheitlichkeit seiner Person sieht, Menschen zu befähigen und besser als heute Notlagen zu vermeiden.

Wenn uns das nicht gelingt, bleiben wir deutlich unter unseren Möglichkeiten, den demografischen Wandel in einer Weise zu bewältigen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Grundlagen eines starken Sozialstaats sichert. Und zwar, das sei noch mal betont, ganz unabhängig von der Herausforderung, Flüchtlinge in großer Zahl zu integrieren.

Auf zwei unmittelbar drängende sozialpolitische Herausforderungen der Aufnahme von Flüchtlingen will ich, der Aktualität willen, hier eingehen.

Sehr herausfordernd ist die Wohnraumversorgung. Herausfordernd ist es, eine Ballung von Flüchtlingen in problembelasteten Stadtteilen zu vermeiden.

Wir haben bereits heute ein großes Defizit bei der Wohnraumversorgung. Dringend ist die Ausweitung des Wohnungsangebots für Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen, insbesondere in den städtischen Ballungsräumen. Hier ist viel versäumt worden. Erst die Herausforderung, Flüchtlinge in hoher Zahl aufzunehmen, hat ein Problem wieder in das öffentliche Bewusstsein gehoben, das bereits lange vorher bestand. Die Wohnungspolitik muss alle im Blick haben, deren Wohnraumversorgung schwierig ist.

Es muss dringend gebaut werden, um den bereits bisher bestehenden Mangel zu überwinden, um Flüchtende und zudem auch zuziehende EU-Bürger aufzunehmen. Je verzögerter der weitere Ausbau erfolgt, desto stärker wird die Konkurrenz um günstige Wohnungen in einem Teil der Städte zunehmen. Für Randgruppen, zum Beispiel für Wohnungslose oder Strafentlassene, wird es dann ganz schwierig.

Um mehr Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen zu schaffen, sind Bund, Länder und Kommunen gemeinsam gefordert. Der Bund und die Länder müssen die finanziellen Lasten eines ausgeweiteten sozialen Wohnungsbaues tragen, die Kommunen dürfen bei der Verwertung freier Flächen nicht vorrangig auf den Haushalt schielen (so verständlich dies ist). Sie müssen stärker darauf achten, preiswerten Wohnraum auch für Niedrigeinkommensbezieher und kinderreiche Familien zu schaffen. Auch sollten sie auch einen gewissen Bestand an Sozialwohnungen und kostengünstigen Wohnungen selbst halten oder sich zumindest Belegungsrechte sichern.

Investoren bauen nur preisgünstigen Wohnraum, wenn es sich für sie rechnet. Wer das ignoriert, hilft den Wohnungssuchenden nicht. Entsprechend müssen die Förderbedingungen des sozialen Wohnungsbaus ausgestaltet werden.

Der dringend notwendige Neubau von Wohnungen muss unmittelbar angegangen werden. Das erfordert auch eine Überwindung des Abschottungsegoismus, der nach dem Sankt-Floriansprinzip den Bau neuer Wohnungen verhindert. Wer Wohnungsbau verhindert, darf sich nicht auch noch im Nimbus sonnen dürfen, auf der Seite des Guten zu stehen.

Zum Arbeitsmarkt: Zum Glück stellt sich die Herausforderung der Integration von einigen hunderttausend zusätzlichen Erwerbstätigen in den Arbeitsmarkt in einer Zeit, in der sich dieser als äußerst robust erweist. Integration muss beginnen, sobald als Ergebnis eines rechtsstaatlichen Asylverfahrens die Anerkennung erfolgt ist, aber auch wenn Gründe für eine

Duldung vorliegen. Auch Schutzsuchenden, deren Verfahren sich aus welchen Gründen auch immer über längere Zeit nicht abgeschlossen werden können, muss dann bereits während des Verfahrens gestattet werden zu arbeiten.

Es gibt bisher keine repräsentativen Daten zu den Qualifikationen, die die Flüchtlinge mitbringen, die 2015 und 2016 zu uns gekommen sind. Von den Asylantragstellern des Jahres 2014 war mehr als die Hälfte noch im Schulalter oder in dem Alter, in dem üblicherweise eine Ausbildung absolviert wird. Das Bildungspotential ist folglich sehr hoch. Aber ein Teil der Flüchtlinge hat kriegsbedingt keine Schule besucht, oder nur kurz. In einigen Herkunftsländern ist zudem die allgemeine Schulbildung schlecht. Zwei Drittel der Schüler in Syrien können somit nur eingeschränkt lesen und nur einfachste Rechenaufgaben lösen. Auch mit einem im Herkunftsland erlangten Schulabschluss ist es somit ein weiter Weg, bis die Anforderungen, die sich hier in einer dualen Ausbildung stellen, bewältigt werden können.

Damit zeigt sich für die Integration in den Arbeitsmarkt in Deutschland ein gravierendes Problem. So gut die allgemeine Arbeitsmarktlage derzeit ist, ein Fünftel der Menschen ohne Berufsausbildung ist arbeitslos. Je schlechter es gelingt, die hier bleibenden Schutzsuchenden auszubilden, desto größer ist die Gefahr, dass sich die Konkurrenz um Arbeitsplätze am unteren Ende der Berufsskala weiter verschärft.

Gerade weil diese Gefahr besteht, wäre ein abgesenkter Mindestlohn für Flüchtlinge, wie im Herbst 2015 diskutiert, ein äußerst riskantes Unterfangen. Die Befürchtung „Die Ausländer nehmen den Deutschen den Job weg“ – eine Befürchtung, die Zuwanderung in hoher Zahl ohnehin immer auslöst – würde im Niedriglohnsektor des Arbeitsmarktes durch eine diskriminierende Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und anderen Erwerbstätigen zur Realität. Das würde die Debatte zur Integration in eine völlig falsche Richtung lenken. Möglicherweise muss es Anpassungen am Mindestlohngesetz geben, um mehr Praktika und andere niederschwellige Zugänge zu Erfahrungen im Betrieb zu ermöglichen. Denn diese können Neuzugängern zum Arbeitsmarkt aus dem Kreis der Flüchtlinge helfen, ihre Sprachdefizite oder andere Einschränkungen zu überwinden, um danach eine Ausbildung beginnen oder eine reguläre Arbeit aufnehmen zu können. Allerdings nicht in einer „Lex Flüchtlinge“, sondern offen für alle, die Unterstützung beim Zugang zum Arbeitsmarkt benötigen. Diejenigen, die bereits vor ihrer Flucht eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, brauchen Unterstützung bei der Bewertung und Anerkennung ihrer Abschlüsse, damit sie hier nicht unter Wert arbeiten.

Und was tut die Caritas? Wie gut die Integration in den Arbeitsmarkt gelingt, hängt nicht allein von der staatlichen Arbeitsmarktpolitik ab, sondern ganz wesentlich auch vom Verhalten der Unternehmen. Auch der Unternehmen im Sozialbereich, also auch von uns. Nur Unternehmen, die sich auf den mühsamen Weg machen, Flüchtlinge auszubilden, werden die Chancen wirklich nutzen können. Hier können sich auch Chancen für die Personalgewinnung sozialer Dienstleistungsträger eröffnen, allerdings nur, wenn diese nicht auf den sprichwörtlichen syrischen Arzt spekulieren, sondern ausbilden. Es gibt bereits positive Beispiele. So bildet das Pflege- und Förderzentrum St. Anna der Caritas in Gießen ehemalige unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu Pflegefachkräften aus. Sprachkurse in speziellen Lerngruppen, die ganz auf deren Bedürfnisse ausgerichtet sind, und eine engmaschige Begleitung durch eine hierfür ausreichend freigestellte Praxisanleiterin haben zum Erfolg beigetragen. Diese und ähnliche Versuche könnten vervielfältigt werden. Bedarf ist da, Träger im Pflegebereich suchen händeringend nach Personal, auch im fernen Ausland.

Prioritär sollte sein, die Menschen, die nun einmal zu uns gekommen sind, auszubilden, statt mit aufwändigen Akquisitionsmaßnahmen auf dem ganzen Globus Fachkräfte aus anderen Ländern abzuwerben, die dort dringend gebraucht werden. Wenn nun aber einerseits ein Fachkräftemangel droht, andererseits Menschen nach Arbeit suchen, so schreitet dies gerade zu danach, den anwaltschaftlichen Ansatz der Integration und den unternehmenspolitischen

Deutscher
Caritasverband e.V.

Ansatz der Gewinnung qualifizierter Kräfte zusammenzubringen. Es hilft, zwei Probleme gleichzeitig anzugehen: das Unrecht der Exklusion und den Mangel helfender Hände. Lassen Sie uns eine Kraft der Integration sein, mit unserem ehrenamtlichen und beruflichen Engagement - und unserem Potential als Arbeitgeber. Damit Integration gelingt und aus Fremden Bürger werden.

Professor Dr. Georg Cremer
Generalsekretär